

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 4 (1984)
Heft: 8

Artikel: Neoliberalismus : eine Konterrevolution der Marktkräfte
Autor: Schöni, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652044>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neoliberalismus: eine Konterrevolution der Marktkräfte

Ein schärferer Wind bläst vielerorts: Zeichen der „Entzauberung“ in der Schweiz., „Wende“ in der BRD, sozialistische Austeritätspolitik in Frankreich, autoritärer Staat in Grossbritannien – und über allem der leuchtende Stern des aggressiven US-Monetarismus und Liberalismus. In den kapitalistischen Metropolen ist man wieder „liberal“. Während das Kapital offen von den Profiten redet, orientiert sich die staatliche Wirtschaftspolitik an den international zunehmend standardisierten Prinzipien der Angebotsökonomie: Sie fördert Investitionen und Angebot anstelle von Massennachfrage. Die Kehrseite ist bekannt: Abbau des Sozialstaats zur Reduktion des „unproduktiven“ Haushaltsdefizits, Entlastung des Unternehmertums von Abschöpfungs- und Umverteilungsmassnahmen, Reprivatisierung von Teilen des öffentlichen Sektors – und Ausbau des Kontroll- und Rüstungsstaats.

Und gleichzeitig mobilisieren die Volksparteien rechts der Sozialdemokraten das verunsicherte Kleinbürgertum auf Leistungsmoral und wehrhaften Nationalismus hin: gegen „Arbeitsunwillige“, aber auch gegen weibliche und ausländische Arbeitskräfte (die die Arbeitsplätze „wegnehmen“), gegen Flüchtlinge und insbesondere gegen jedes Anzeichen von „östlichem Kollektivismus“.

All diese Strömungen lassen sich einer „*Formierung nach rechts*“ zuordnen, die mehr als bloss eine Verschiebung in der Parteilandschaft meint. Sie zielt vielmehr auf eine Veränderung in den sozialen Kräfteverhältnissen und damit auch auf eine Reorganisation des Staats, der diese Kräfteverhältnisse repräsentiert. Nach einigen generellen Bemerkungen soll diese Formierung am Beispiel des Neoliberalismus in der Schweiz untersucht werden.

Konterrevolution als Prävention

Den Ausgangspunkt bilden die erschwerten Bedingungen der Profitrealisierung, denen sich die nationalen und multinationalen Kapitalfraktionen gegenübersehen, und die sich im Anschluss an E. Altvater (1) so skizzieren lassen:

- Krise der kapitalistischen Expansion vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise (Rückgang der Aufträge und Exporte); zunehmende Arbeitslosigkeit;
- innerimperialistische Widersprüche (ökonomischer Aufschwung der USA, Hochzinspolitik auf Kosten Europas);
- weltweite Verschuldungskrise und ihre Politisierung;
- Akkumulationskrisen und Widersprüche eines auf Grosstechnologie (AKW, Rüstung) setzenden keynesianischen Akkumulationsmodells in den Zentren.

In Verbindung mit der Entlegitimierung einer keynesianisch orientierten staatlichen Sozialpolitik und Interessenvermittlung haben die genannten Bedingungen dazu geführt, dass in einer Reihe von westeuropäischen Ländern die Klassenkämpfe zugenommen und die sozialen (sozialrevolutionären) Be-

wegungen sich vervielfacht haben.

In dieser Situation, in der dem Bürgertum der Preis für die Aufrechterhaltung des „Klassenkompromisses“ als zu hoch erscheint, ist die „Formierung nach rechts“ Ausdruck einer veränderten politischen Artikulation der ökonomischen Strategien im Klassenkampf (2). Dieser wird zum Kampf um die Einführung bzw. Verhinderung neuer Linien der Kapitalakkumulation und Profitrealisierung, wobei insbesondere die Rolle des Staats in diesem Kräfteverhältnis neu bestimmt werden soll.

Handelt es sich hier um eine neoliberale „Konterrevolution“, um die Verwirklichung der vom Liberalen Hayek und dem Monetaristen Friedman proklamierten anti-keynesianischen „Konterrevolution in der Theorie“? (3) Für das Bürgertum kann es nicht darum gehen, kapitalistische Produktions- und Eigentumsverhältnisse wiederherzustellen, noch darum, die Repräsentationsformen der bürgerlichen Demokratie abzuschaffen. Die „Konterrevolution“ hat hier vielmehr eine *präventive* Funktion; sie soll den jahrzehntelang angewachsenen Ansprüchen auf Konsum und materielle Sicherheit entgegentreten und mit „uneinlösbaren Versprechungen“ aufräumen. Um aber zu verhindern, dass sich neue greifbare Fronten (z.B. einer erweiterten Arbeiterklasse) rund um die Erfahrung der sozialen und ökologischen Folgen der Wachstumsindustrien herausbilden, sollen die Individuen gleichzeitig autoritär auf die Mikrostrukturen der „Mittelstandsgesellschaft“ (Familie, Leistung am Arbeitsplatz und „erfüllte“ Freizeit) zurückgebunden werden.

Die These einer „Konterrevolution“ als *Prävention* muss jedoch für die Schweiz präzisiert werden. Hier musste keine „Wende“ stattfinden: Nach Jahrzehnten einer ungebrochenen liberalen Wirtschaftspolitik, der die weltweit erzielten Profite des Schweizer Kapitals es erlaubten, trotz Intensivierung der Arbeit den Arbeitsfrieden durch die „Normalisierung“ des Lebensstandards zu erkaufen, versucht nun das Bürgertum, seine Prinzipien auch unter Bedingung weltweit erschwerter Profitrealisierung durchzuziehen. Da man auf die Kontraktion der Binnennachfrage und des Exports nicht einfach weiterhin mit dem Export der Arbeitslosigkeit reagieren kann, trifft es die schweizerischen Arbeitskräfte stärker (Rationalisierung, Betriebsschliessungen, Produktionsauslagerung etc.), ohne dass bisher harter Widerstand mobilisierbar gewesen wäre. Statt von präventiver „Konterrevolution“ spricht man hier deshalb besser von einem reorganisierten *Klassenkampf von oben*, der sich der konkordanzdemokratischen Zwänge des institutionalisierten „Klassenkompromisses“ entledigen möchte. Diese neoliberale Strategie scheint denn auch in der Schweiz nicht unbedingt Ausdruck einer plötzlich erstarkten politischen Reaktion, sondern eher einer Dauerschwäche der Linken zu sein.

Neoliberale „Selbstverständlichkeiten“

Auch in der Schweiz zielt die umfassende neoliberale Strategie des „Klassenkampfes von oben“ darauf ab, die sozioökonomischen und rechtlichen Bedingungen der Profitrealisierung langfristig wieder zu verbessern. Um diesen Eingriff in die Existenzbedingungen der Massen abzusichern, braucht es gewiss einen starken Staat, der „die äusseren Bedingungen der ‚Ordnung‘ aufrüstet,

damit der Markt im Innern eine Auslese treffen kann“. (4)

Jedoch ist diese Aufrüstung der staatlichen Ordnungsmacht keine neoliberale Erfindung; zusammen mit der elektronischen Erfassung sozialer Netze, den Überwachungsgesetzen und Berufsverboten gehört sie durchaus auch ins ordnungspolitische Inventar etablierter Sozialdemokraten, auch wenn es in der Schweiz noch keine zentralstaatlich geführte Sicherheitspolizei gibt (regionale Polizeikonkordate anstelle einer Busipo). Zudem lässt die bisherige Politik der Arbeiterbewegung dem Bürgertum nach wie vor freie Hand, den formaldemokratischen Rahmen nach seinen Interessen „flexibel“ zu halten.

Neu hingegen dürfte das *ideologische Vorhaben* des Neoliberalismus sein, jene „Selbstverständlichkeiten“, die den politischen Diskurs der schweizerischen Konkordanzdemokratie bisher wesentlich bestimmt haben, umzudefinieren; gemeint sind jene „selbstverständlichen“ Antworten auf die Frage, *für wen* die Wirtschaft produziert, welche *Freiheiten* und *Rechte* aus dieser Produktionstätigkeit erwachsen, und für welche Bereiche der *Staat* zuständig ist. Angesichts der Tatsache, dass der politische Diskurs der 80er Jahre sowohl im Parlament wie in den Medien Einbrüche erlebt hat – vom breiten regionalen Widerstand gegen AKW's, Waffenplätze und Strassen, über die Jugendrevolte gegen die Gigantomanie der Stadtplanung, die Vorstösse gegen Multis, Betriebsschliessungen und das Bankgeheimnis, bis hin zur Infragestellung der SP-Regierungsbeteiligung – geht es im genannten Vorhaben des Bürgertums kurzfristig darum, das Management der Zustimmung seitens der Bevölkerung auf neue Sicherheiten zu gründen. Da die Diskursbrüche letztlich Brüche in der individuellen Reproduktion signalisieren, soll das Management der Zustimmung, d.h. der Prozess der Legitimierung einer bestimmten Wirtschafts- und Sozialpolitik, vom sozialstaatlichen Management der Nachfrage (und damit von der Politik des gesicherten Massenkonsums) abgekoppelt werden. Damit verändert sich nicht bloss die konsensuelle Basis der staatlichen Repräsentation sozialer Kräfteverhältnisse, sondern ebenso die ordnungspolitischen Artikulations- und Organisierungsmöglichkeiten der einzelnen Klassen; und es verändern sich schliesslich die Schwellenwerte der sozialpolitischen Intervention.

Welches sind denn diese „Selbstverständlichkeiten“, die der Neoliberalismus zu institutionalisieren versucht?

1) Zuallererst fällt die unverblühte „Angebots-“*Orientierung* auf, nicht nur in den monetaristisch geführten wirtschaftspolitischen Debatten, sondern ebenso bei betriebspolitischen Entscheiden (Automatisierungspolitik, Schliessung von Betrieben wie der Wagonfabrik Schlieren, Gesuche um Einführung der Frauen-Nachtarbeit): Man argumentiert erst gar nicht mehr mit „gesellschaftlichen Bedürfnissen“, um die Intensivierung der Arbeit zu rechtfertigen; noch orientiert man sich an der tatsächlichen „Binnennachfrage“ oder am „Beschäftigungseffekt“ (diesen zu Expansionszeiten beliebig strapazierten Begriffen). Der Grenznutzen entscheidet wieder ganz unverhüllt, ob Investitionen „vertretbar“ sind, während der Staat die entsprechenden Verlagerungen im Angebot durch Aufträge (z.B. Rüstung) und allgemeine Export- und Handelsförderung unterstützen soll.

2) Die herrschende Brutalität des Marktes in der Angebotsökonomie verlangt ganz selbstverständlich nach einem dynamischen Prinzip: *Freiheit der Pri-*

vatinitiative . Den Unternehmern beschert diese Freiheit das Vergnügen der Konkurrenz, den Arbeitskräften beschert sie „Mobilität“. Und die Gesellschaft, die als ganze von dieser selbsttätigen Dynamik profitiert, soll sich für die individuelle Leistungsbereitschaft öffnen, kollektive Interessenvertretungen zurückbinden und volles Anrecht auf erwirtschaftete Gewinne garantieren – ohne Rücksicht auf Verluste. So definiert der neue Marktterrorismus sein Aktionsfeld.

3) Damit erhält der neoliberale „Klassenkampf von oben“ direkten Zugang zur sozialpolitischen Debatte: Die Rolle des Marktes wird *sozialdarwinistisch* bestimmt. Weil der Staat bloss die „Rahmenbedingungen“ der freien Konkurrenz und technologischen Innovation zu sichern hat, wird Wohlfahrt nicht mehr durch Umverteilungen und Sozialgesetze reguliert, sondern vom „Gesundtschrumpfen“, von der „internationalen Konkurrenzfähigkeit“ und vom individuellen „Konsumverzicht“ abhängig gemacht.

Was hier, dem neoliberalen Vorhaben entsprechend, für Arbeitskraft und Staatsbürger ganz „selbstverständlich“ werden soll, gehört schon seit über hundert Jahren zum Gedankengut des Liberalismus. Es überrascht denn auch nicht, dass das Bürgertum in Krisenzeiten mangels Alternativen auf dieses solide Wissen zurückgreift, wenn man bedenkt, was es in der staatlichen Subventions-, Beschäftigungs- und Investitionspolitik heute durchzusetzen gilt:

- Sparen bei den Sozialausgaben. So sind seit Mitte der 70er Jahre bei den staatlichen Sozialwerken mehrere Milliarden „eingespart“ worden; so werden Pensionskassen für die individuelle Kapitalbildung (2. Säule) eingerichtet, nicht aber die Umlageverfahren erweitert.
- Personalstopp in Bundesbetrieben, im Gesundheits- und Bildungswesen, und Hayek in der Verwaltung. Trotz kleinster Staatsquote in Europa, kleinem Beamtenheer und niedriger Staatsverschuldung wurde die Staatsquote seit den 70er Jahren weiter gesenkt; gleichzeitig plant man „Arbeitsbeschaffung“ durch Rüstungsaufträge.
- Freigabe von Dienstleistungsbereichen (Transport, Kommunikation, Gesundheit und Bildung) zur Reprivatisierung; die selbstverwaltete Weiterführung von heruntergewirtschafteten oder stillgelegten Betrieben wird blockiert.

All diese Massnahmen geben im nachhinein dem neoliberalen Angriff gegen die „Wohlfahrtsdiktatur“, gegen die „Verschleuderung von Staatsgeldern“ und die „Ineffizienz von Staatsbetrieben“ Recht. In Gang gehalten wird dieser Argumentationskreislauf schliesslich durch die privatisierten Medien der Kommunikation (Verkabelung und Kommerzialisierung von Radio und Fernsehen), die den Kräften der Formierung die Mittel in die Hand geben, um den öffentlichen Diskurs und bereits die Kategorien sozialer Wahrnehmung nachhaltig zu rekonstruieren.

Im Mittelpunkt steht „der Mensch“ – was denn sonst?

Es sind auch in der Schweiz nicht unbedingt hemdsärmelige Kapitalisten oder Manager, die als neoliberale Avantgarde daherkämen und die eben verfügte betriebliche Rationalisierung oder Stilllegung der Öffentlichkeit begreiflich

machen wollten; sie argumentieren erst gar nicht, und wenn, dann mit „Auslandkonkurrenz“, „Absatzschwierigkeiten“ und „Kartellzwängen“. Die eifrigsten Verfechter der totalen Marktwirtschaft, der totalen Freiheit für den Markt und Freihandelskultur findet man jedoch unter den Professoren der Ökonomie.

Emil Küng (St. Gallen) ist einer von denen, die nicht einfach mit kalten Kosten-/Nutzen-Kalkulationen aufwarten, sondern sich auch ein wenig um den „Menschen“ kümmern, der ja schliesslich hinter den Zahlen stecken muss. In einer grundsätzlichen Betrachtung, die in den „Schweizer Monatsheften“ (Juli 1980) zu lesen war, stellt er sich mal ganz ehrlich die Frage: *Was kann die Wirtschaft zum menschlichen Glück beitragen?*

Emil Küng staunt: Da ist doch unsere Wirtschaft imstande, auch „Annehmlichkeitsgüter für das ‘schöner leben’“ preiswert und in grosser Menge abzugeben“, und dies selbst für die breiten Massen der Bevölkerung – und doch sind die Leute unzufrieden. Wieso? Die Lebenserfahrung sagt es doch: Geld allein macht nicht glücklich! Denn einmal scheidet die bloss materielle Glücksanhäufung daran, dass „ein bestimmter Zuwachs des Lebensstandards beim Reichen weniger zu seinem Gesamtnutzen (beiträgt), als dieselbe absolute Aufbesserung einem Armen eingetragen hätte“ (von diesem „Gesetz des abnehmenden Grenznutzens“ profitiert, nebenbei gesagt, die Arbeiterbewegung noch heute). Zum anderen kommt es nach Küng immer auf die Ansprüche des Einzelnen an; eben diese Ansprüche sind aber durch Reklame(!), durch eine unversöhnliche und diesseitsbezogene Religion und durch die ganze Überversorgung mit medizinischen und andern wohlfahrtsstaatlichen Leistungen künstlich erhöht worden – Küng spricht von einer „Revolution der steigenden Erwartungen“ –, was unweigerlich in Unzufriedenheit ausmünden musste.

Kurz und gut, Küng ist um das menschliche Antlitz der (liberalen) Wirtschaft bemüht und warnt vor der Fratze des Sozialstaats, der die menschlichen Schwächen noch stützt und damit den Wohlstandsüberdruß fördert: Es ist heute, klagt Küng, fast unmöglich geworden, sich von seinem Nachbarn wirklich abzuheben, weil sich keiner mehr anstrengen muss, um das Glück zu erlangen. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Die Übertragung der totalen Konkurrenz auf die sozialen Beziehungen.

Küng spricht andernorts auch gerne mal direkt aus der Werkstatt. Unter dem Titel „Wirtschaftlichkeit contra Menschlichkeit?“ (Finanz und Wirtschaft, 3. 10.84) verteidigt er sein Prinzip *Auslese contra Gleichmacherei*, weil es doch „natürlich“ sei. Wenn der Staat zugunsten von gefährdeten Betrieben und Arbeitslosen interveniere, so führe das nur dazu, dass „der Patient“ auf der „wirtschaftspolitischen Intensivstation mit Schläuchen am Leben erhalten“ und damit das Elend verlängert werde. Küng ist ein Meister der Anschaulichkeit: „Es wäre Verblendung, wollte man leugnen, dass der soziale Wandel in der Wirtschaft mit Härten verbunden ist. Das gleiche gilt aber auch für die Evolution der Natur. Immer wird es Opfer geben, die am Wege liegen bleiben ... Ausserdem: Ist das Leben auf der Intensivstation noch lebenswert?“ Es wäre Verblendung, wollte man leugnen, dass Küng hier ökonomische Sachverhalte behandelt. Es gibt eben Theorien, die erst in der Metapher zur Sache kommen.

Die organizistische und sozialdarwinistische Begrifflichkeit, die den Vergleich mit nationalsozialistischem Jargon nicht zu scheuen braucht, findet man auch bei andern Neoliberalen (5). C.C. von Weizäcker (Bern) stellt – in seiner Besprechung des neuen Buches des Amerikaners Mancur Olson (NZZ, 30.4.83) – die bange Frage: *Versiegen die Quellen des Wachstums?* Olson hat nämlich herausgefunden, dass „alte stabile Gesellschaften“, deren traditionsreiche sozialen Netze nie durch innere Konflikte oder Kriege zerstört worden sind, zur „Verknöcherung“ neigen; Investitionen und Wachstum werden durch Kartelle, starke Gewerkschaften und politisch ausgehandelte Löhne und Preise eingeschränkt. Ein Blick auf die Schweiz: Sie hat eine kontinuierliche, ruhige Vergangenheit, und ihre Wachstumsraten sind kleiner als in Ländern wie Frankreich und BRD. Was tun? Weizäcker empfiehlt „gedämpften Optimismus“, nach einem jahrhundertealten Rezept, das Olson neu auflegt: Die Bevormundung des Einzelnen durch wettbewerbsfeindliche Gewerkschaften, Kartelle und Verhandlungsstrukturen ist abzubauen, und der freie Handel mit dem Ausland ist für sämtliche Produkte einzuführen. Das Ganze nennt sich „*friedliche Verjüngungskur*“ und ist, so Weizäcker, für „unsere westlichen Gesellschaften dringend erforderlich“. Mit andern Worten: Was Faschismus und zwei Weltkriege bei uns nicht zustande gebracht haben, nämlich die endgültige Zerschlagung der Arbeiterbewegung, nimmt der Neoliberalismus nun in Angriff. (6)

Die „Renaissance des Liberalismus“ (NZZ) hat seine Sprache historisch kaum verändert, wenn auch der derzeitigen politischen Konjunktur etwas angepasst. Es lohnt sich, eines der letzten lebenden Exemplare zu Worte kommen zu lassen: *Friedrich August von Hayek*, Ökonom und Nobelpreisträger. Er hat sein Leben lang gewarnt vor Sozialismus und Wohlfahrtsdiktatur, und dies bereits zur Zeit des Faschismus. Das tut er auch heute noch, so etwa letztes Jahr in Zürich, wo er auf Einladung der Bank Hofmann AG einmal mehr seine „*Theorie der spontanen Ordnung*“ (1983) referieren konnte. (7) Hayeks Grundidee ist, dass sich die heutigen komplexen Gesellschaften nach den Prinzipien der Selektion und Verdrängung von Verhaltensweisen und Gruppierungen an eine stets sich ändernde Marktlage anpassen: diese Anpassungen erfolgten spontan, wären also nicht von zentralen Planungsinstanzen prognostizierbar und dirigierbar. So setze sich automatisch jene Sozialordnung und Produktionsweise durch, „die den Gruppen, die sie angenommen haben, erlauben, sich schneller zu vermehren als andere“.

Das gelte besonders für die Institution des Privateigentums und der Familie, die die schnellere Vermehrung jener Völker und Nationen ermöglicht habe, die diese Institution angenommen hätten. Dies zeige sich daran, „dass alle zivilisierten Völker der Gegenwart fähig sind, die grossen, ungeheuer vermehrten Bevölkerungen zu ernähren“. Nun, die „unzivilisierten“ Völker, die kaum das Privateigentum und noch viel weniger die freie Marktwirtschaft kennen, vermehren sich zwar ebenfalls, aber nur durch äussere Hilfe, was zum Zusammenbruch führen müsse wie in der Sahel-Zone: „Wenn wir ihnen daher jetzt noch helfen, sich (...) weiter zu vermehren, übernehmen wir eine schreckliche Verantwortung“. Und deutlicher noch: „Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses

Versprechen zu erfüllen. Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.“ (Wirtschaftswoche, 6.3.81).

Ist neoliberales Denken rassistisch? Wenn es für die „natürliche“, selektive Endlösung einsteht, formuliert es bloss eine „evolutionäre“ Logik, die vom multinationalen Kapital ohnehin in Gang gehalten wird, ohne dass dieses den Hungertod der Dritten Welt aktiv betreiben müsste. (8) Dieselbe Logik überträgt der Neoliberalismus auf alle andern Ebenen, ob es sich um „unzufriedene“ Arbeitskräfte, „kranke“ Wirtschaftsakteure oder „verknöcherte“ Gesellschaften handelt. Stets besticht die Anschaulichkeit seiner „sauberen Lösung“: Konkurrenzterror, Verjüngung, Ausmerzung. Bloss keine Versprechungen machen, der Rest klärt sich von selbst. (9)

Stets zu kleinen Scherzen aufgelegt

Es versteht sich, dass die Kapitalfraktionen am neoliberalen Programm interessiert sind. Es bietet fast jedem Einzelkapital eine ideologische Perspektive an, die sich vom (beschaulichen) Sozialdarwinismus über die Einführung der totalen Konkurrenz in alle sozialen Lebensbereiche bis hin zur gewaltsamen Beseitigung von Arbeiteropposition erstrecken kann.

Dennoch dürften die neoliberalen Konzepte durchaus unterschiedliche Konsequenzen für die einzelnen Kapitalfraktionen zeitigen. So kann sich das an beschränkten Kredit- und Absatzmärkten orientierte Kleinkapital aus Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sehr wohl für Sozialabbau, Steuersenkung und Deregulierung (Verhinderung von Umweltschutzaufgaben) begeistern, kaum aber für den totalen Markt und den generellen Abbau der Staatsquote, da es auf die Subventionen und Protektionen (Kartellgesetz, Importkontingentierung etc). wie auch auf die Ordnungsmacht angewiesen ist. Als konsequentesten Träger des neoliberalen Programms, nämlich des umfassenden Abbaus der Staatsquote, der Verwirklichung des Freihandels und damit der weltweiten „friedlichen“ Selektion von Wirtschaftsakteuren könnten sich einmal mehr das Finanzkapital und das multinational organisierte Industriekapital erweisen.

Einen kleinen Fingerzeig in dieser Richtung gibt uns der Grundsatzartikel „Kommt Arbeit vor Kapital?“, der auf einem Arbeitspapier von Emil Küng basiert und von einem siebzehnköpfigen „Finanz und Wirtschafts“-Rat gezeichnet ist. Programmatisch wird hier festgehalten: „In Zeiten der Unterbeschäftigung erscheint es (...) als ein Gebot der Vernunft, den Bedürfnissen des Kapitals besondere Beachtung zu schenken – sonst kommen die Arbeitnehmer zu kurz.“ Denn das schlechte Investitionsklima hindert den Unternehmer daran, die Risiken des Absatzes und der Kapitalvermehrung auf sich zu nehmen. Eben dieses Kapitalrisiko müssen die Arbeitnehmer in selbstverwalteten Betrieben auch noch tragen helfen. Dabei sind doch „mit dem Risiko, Arbeitsplatz und Einkommen zu verlieren, die Gefahren für den unselbständig Erwerbenden ohnehin gross genug.“ (10) Wenn eine siebzehnköpfige Hydra derart scherzt, muss einem das Lachen vergehen.

Schauen wir doch genauer hin, welches personifizierte Kapital in diesem „Fi-

nanz und Wirtschaft“-Rat seine Sprüche klopft: fünfmal Finanzkapital (Winterthur Versicherung, Schweizerischer Bankverein etc.), achtmal überwiegend multinational tätiges Industriekapital (Unilever Schweiz, Holderbank, Schmidheiny, Motor-Columbus etc.) und dreimal konzeptive Ideologen des Bürgertums (Ökonomieprofessor, Wirtschaftskonsulent, Redaktor). Für den uneingeschränkten Wettbewerb, die „Freiheit“ des unternehmenden Menschen und die „friedliche“ Selektion der wirtschaftlich Tüchtigsten ist also konsequenterweise jene Kapitalfraktion, die die Wettbewerbsvorteile monopolisiert hat, die politischen Machtstrukturen hinter sich weiss und zugleich die höchste internationale Mobilität besitzt.

Muss sich die Linke ihre Politik weiterhin diktieren lassen?

Der Hang des Neoliberalismus zu „sauberen Lösungen“ verleiht ihm eine populistische Komponente, weil autoritäre und xenophobe Denkstrukturen sich in ihnen wiederfinden können. Dies heisst aber nicht, dass die neoliberale Ideologie ohne weiteres politische Hegemonie erlangen könnte. Denn jene „Selbstverständlichkeiten“, die sie in den politischen Diskurs der Parlamente und Medien einführen möchte, negieren zu offensichtlich die Existenzgrundlagen einer wachsenden Zahl von Dequalifizierten und Wegrationalisierten; und das freisinnige Vorhaben, die „organisierte Verantwortungslosigkeit“ des Sozialstaats (W. Wittmann) durch „Selbsthilfe“, „Selbstverantwortung“ und „ökonomische Gerechtigkeit“ (11) zu ersetzen, reicht kaum für eine – noch so autoritär installierte – gesellschaftliche „Synthese“. Zudem müsste eine erfolgreiche populistische Allianz mit Gewerbetreibenden und radikalisierten Volksparteien (SVP, NA) gegen gewerkschaftliche Opposition, Ökologiebewegung und Ausländer sich letztlich auch gegen die Handlungsfreiheit des Grosskapitals wenden – über eine restriktivere Kartell-, Zoll- oder Fremdarbeiterpolitik. Zu diesen inneren Widersprüchen des Neoliberalismus kommt hinzu, dass seine Feindbilder in der Schweiz zwar auf tradierte kleinbürgerliche Kollektivierungsängste, nicht aber auf eine verbreitete negative Erfahrung mit der „Sozialbürokratie“ und einer straffen „keynesianischen Staatsintervention“ zurückgreifen können. Denn erstens fehlt es dem Bund und den Kantonen im föderalistischen System an finanzieller und rechtlicher Interventionskapazität, zweitens pervertieren die Vernehmlassungsverfahren jeden halbwegs vernünftigen Lenkungsversuch, und drittens besteht nach wie vor keine Gefahr einer interventionswütigen sozialdemokratischen Exekutive.

Damit sind einige Bruchstellen im neoliberalen Projekt angedeutet, an denen sich eine linke Gegenstrategie orientieren könnte. Umso erstaunlicher ist es, mit welcher simplen, oft bloss anspielenden Thesen die Neoliberalen diese ganzen Krisen, die das Kapital in jahrzehntelanger Expansion vor sich hergeschoben hat, heute den „Umverteilungs“ und „Kollektivierungsideologen“ in die Schuhe schieben, und wie defensiv die Angegriffenen reagieren. Insbesondere die institutionalisierte sozialdemokratische Linke soll die Verantwortung für die „investitions lähmende Verordnungsflut“ und die entsprechende „Staatsverdrossenheit des Bürgers“ übernehmen – und nicht bloss für jene reformistischen Fehlschläge, die sie wirklich selbst beige-steuert hat.

Dies kann nicht erstaunen. Es gehört zur Funktion des kapitalistischen Staates, dass er mit seinen sozialpolitischen, ökonomischen und ökologischen Sanierungsmassnahmen stets hinter den bereits erfolgten Angriffen und Folgeschäden der Kapitalakkumulation her jagt; der Flickwerkcharakter solcher Massnahmen wendet sich sodann nicht gegen die Verursacher solcher Schäden, sondern gegen die „Staatsbürokratie“ als solche. Und damit auch gegen jenen in den Apparat hinein kooptierten Teil der Linken, der die Intervention in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche grundsätzlich als Strategie im Rahmen seiner „friedlichen Überwindung“ oder grün-roten „Dynamisierung“ des „Kapitalismus“ beansprucht. *Intervention* erscheint daher im öffentlichen Diskurs nicht als das, was sie ist (eine strukturell bedingte Ohnmacht behördlichen Handelns), sondern als eigenes, von der Rechten mit Genugtuung zugestandenes Konzept „progressiver Wirtschaftslenkung“, dessen schleichender Misserfolg vorprogrammiert ist.

Wenn es schon schwierig genug ist, eine linke Wirtschaftspolitik zu formulieren, dann sollten die parlamentarische Linke und grüne Gruppierungen wenigstens davon abkommen, sich noch ihre schlechtesten und populärsten Argumente von der Gegenseite diktieren zu lassen. Genau dies ist aber der Fall, wenn sich SP-Parlamentarier im Namen des dubiosen „Beschäftigungseffekts“ weiterhin tapfer hinter die Rüstungsprogramme stellen; wenn Vertreter des Alternativsektors die automationsbedingten Freisetzungen „dualwirtschaftlich“ auffangen möchten; wenn AKW-Gegner energiepolitische Vorschläge zur Deckung des bisherigen Eigenheimkomforts machen; und wenn grüne Parteien finden, ein wirksamer Mutterschaftsschutz wäre volkswirtschaftlich zu teuer. Gewiss, ein sozialistisches Gesellschaftsprojekt ist in seiner Differenziertheit schwieriger auszuarbeiten. Während AKW-Gegner zu einer langen Erklärung über negative gesellschaftliche und ökologische Folgen der Atomenergie ausholen, sagt das Atomkapital schlicht: „Ohne Strom keinen Lohn.“ Differenziertheit in der Argumentation ist jedoch dann kein Nachteil, wenn gleichzeitig die politische Praxis (etwa der Gewerkschaftsbewegung) imstande ist, die Umkehrung des Spruches greifbar zu machen: Ohne Arbeit keinen Mehrwert, und ohne Mehrwert keine nukleartechnologische Investition. Dieser praktische Beweis ist aber nicht nur eine Organisationsfrage, sondern eine Frage der Klarheit des Projekts einer sozialistischen Demokratie.

(Für Hinweise und Anregungen danke ich Pierre Franzen, Guido Hischier und Peter Fago.)

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Elmar Altvater: Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution. In: Prokla Heft 44, 1981
- 2) Mit der Bezeichnung „Formierung nach rechts“ wird mit Recht auf die Konzeption der „Formierten Gesellschaft“ aufmerksam gemacht, die Ludwig Erhard, selbst Ökonomieprofessor aus dem Umkreis der deutschen Neo- und Ordo-Liberalen (Eucken, Röpke u.a.), 1965 als reaktionäres „Programm für die Politische Ordnung Deutschlands“ propagiert hat, wenn auch ohne Erfolg. „Gemeinwohlorientiert“ sollte damals schon die „dynamische Leistungsgesellschaft formiert“ sowie die „Klassengesellschaft“ und die „soziale Marktwirtschaft“ überwunden werden. (Vgl. Mensch und Wirtschaft. Autorenkollektiv, Berlin 1967) Wie aktuell dieses Pro-

gramm nach wie vor ist, zeigt u.a. der Jahresbericht über die von F. von Hayek gegründeten Mont Pelerin Society in der NZZ v. 19.10.84.

- 3) So M. Friedman, dem Vernehmen nach, höchst selbstbewusst über den Monetarismus. Nur konsequent, wenn amerikanische Neoliberale wie G. Tullock, Mitglied der Trilateralen Kommission, oder H. Lepage begeistert vom „Imperialismus der Ökonomie“ reden. s. E. Altvater a.a.O. S. 15
- 4) vgl. E. Altvater, a.a.O. S. 13, Vgl. dazu auch: F. Schulz: „Neokonservatismus“ – Begriffliche und dogmengeschichtliche Anmerkungen zum gegenwärtigen Kampf um Staatsauffassung. In: Prokla Heft 56, 1984
- 5) Vgl. u.a. K. Bayertz: Darwinismus als Ideologie. In: Darwin und die Evolutionstheorie. DIALEKTIK 5. Studien zur Dialektik. Köln 1982
- 6) Dass dies weltweit – in Abstimmung mit „Reagonomics“ (NZZ v. 25./26. 11.84) – gesehen wird, zeigt auch H. Giersch's Vorschlag eines „Liberalisierungs-Clubs“ auf höchster Ebene gegen „Europessimismus und Eurosklerose“. „Schöpferische Zerstörung und internationale Liberalisierung“ sollen „Europa und die Weltwirtschaft“ in den „Circulus virtuosus einer neuen internationalen Arbeitsteilung“ hineinführen. F.A.Z. v. 10.11.84. Der von Reagan's Administration propagierte „weltweite Neoliberalismus“ wird von Claude Julien (im Le Monde Diplomatique, Nov. 1984: La foire aux libertés. Le corset liberal) analysiert und u.a. auf die treffende Formel gebracht: „Remplissez vos prisons, mais ouvrez vos marchés.“
- 7) Zu erwähnen ist F.A. Hayek's Buch: 'Der Weg zur Knechtschaft', das 1944 erschien, 1971 unverändert im Neudruck (Verlag Moderne Industrie. München. Mit Vorwort v. M. Friedman), und als klassisches Machwerk der Totalitarismus-Ideologie gilt.
- 8) In diesem Zusammenhang stehen auch die freimütig-zynischen Äusserungen des scheidenden Nationalbankpräsidenten und neuen BBC-Verwaltungsratspräsidenten F. Leutwiler im Gespräch (Spiegel Nr.39/84) über die internationale Schuldenkrise: „Ja, in vielen Fällen hat man die Länder geradezu animiert, über ihre Verhältnisse zu leben, indem man ihnen die Illusion vermittelte, das Geld werde unbegrenzt weiterfliessen. ... Ich möchte diese Länder auch etwas unter Druck halten, weil ich glaube, dass dort nichts getan würde, um die Lage zu verbessern“. Denn nicht die „Schulden-Bombe“ könnte „explodieren“, sondern eine „politische oder soziale“.
- 9) Zu solcher „Beruhigung“ versucht auch der Liberale R. Dahrendorf beizutragen, wenn er vom neuen „Lumpenproletariat“, von einer „neuen Unterklasse“ (!) spricht, die zwar ein „besonders intimes Verhältnis zum Verbrechen“ habe, aber „keine Solidarität“ in einer „gemeinsamen Klassenlage“, weshalb auch „hohe Arbeitslosigkeit“ in den westlichen Industrieländern „keine Revolution bewirkt“. In: DIE ZEIT Nr. 5, 27.1.84
- 10) In: 'Finanz und Wirtschaft' v. 20.10.84. E. Küng, U. Bremi, M. Kohn u.a.m. Dem Primat des Kapitals wird überdies eine 'Klassenanalyse' zugrunde gelegt. Was sich jetzt „rächt“, sei der gewerkschaftliche Lohnkampf: „Die Unterbeschäftigung nahm zu und erreichte schliesslich im Bereich der OECD 30-35 Mio. Das 'Gut' Arbeit wurde höchst ungleichmässig verteilt, und es bildete sich eine Art von 'Zweiklassengesellschaft' heraus, in welcher die Arbeitsbesitzer begünstigt und die Arbeitslosen benachteiligt waren – nicht zuletzt als Folge der Vorrangstellung der Beschäftigten im Vergleich zu den Unternehmern und Sparern.“ (!)
- 11) So hat nach Prof. W. Wittmann, Fribourg, der „Staat sich aus der sozialen Verantwortung gegenüber dem Privateigentum zurückgezogen“, dafür werden die höheren „Einkommensstufen“ durch die „Gewerkschaften“ und „Sozialgesetze entsprechend ausgebeutet“ (!). In: F.A.Z. 24.11.84